

Das Ende des Kapitalismus im 21. Jahrhundert?

Von Thomas Piketty

Am 7. November 2014 hielt der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty die erste Democracy Lecture der »Blätter für deutsche und internationale Politik«. Sie bildete den Auftakt einer neuen Veranstaltungsreihe, die wir in Zusammenarbeit mit dem Haus der Kulturen der Welt in Berlin durchführen. In dieser werden wichtige Intellektuelle zu den dramatischen Herausforderungen unserer Zeit Stellung beziehen.

Piketty, dessen Buch »Das Kapital im 21. Jahrhundert« derzeit weltweit für Furore sorgt (siehe dazu auch Paul Krugman, Thomas Piketty oder Die Vermessung der Ungleichheit, in: »Blätter«, 6/2014, S. 71-81, sowie Rainer Rilling, Thomas Piketty und das Märchen vom Gleichheitskapitalismus, in: »Blätter«, 11/2014, S. 81-91), diskutierte im Anschluss an seinen Vortrag mit Susan Neiman, Hans-Jürgen Urban und Joseph Vogl, moderiert von Mathias Greffrath.

Der ungeheure Andrang von rund 2500 Interessierten überstieg alle unsere Erwartungen. Umso mehr freuen wir uns, gerade all jenen, die die Veranstaltung nicht vor Ort verfolgen konnten, im Folgenden sowohl Thomas Pikettys Rede als auch die anschließende Debatte ungekürzt präsentieren zu können. Die Übersetzung aus dem Französischen stammt von Christa Herterich. Auf unserer Website www.blaetter.de finden Sie zudem die filmischen Mitschnitte von Vortrag und Diskussion. – D. Red.

Sehr verehrte Damen und Herren, ich fühle mich geehrt, hier heute die erste „Democracy Lecture“ halten zu können. Natürlich habe ich mich sehr über den großen Erfolg meines Buches in den Vereinigten Staaten gefreut. Doch ich bin zutiefst Europäer und interessiere mich im Grunde mehr für die europäische als für die amerikanische Diskussion. Und Deutschland ist natürlich ein bedeutender Teil Europas. Ich bin also wirklich sehr glücklich, dass soeben die deutsche Fassung meines Buches erschienen ist und ich heute Abend hier sein kann.

Umso mehr, als man hier in Deutschland, und speziell hier in Berlin, in wenigen Tagen diesen sehr wichtigen Jahrestag begeht. Ich bin 1971 geboren, gehöre also zu der betroffenen Generation. 1989 war ich 18 Jahre alt und so bin ich quasi erwachsen geworden mit der Radiomeldung vom Fall der Mauer, vom Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa. Wie viele Studenten bin ich damals durch Osteuropa gereist, also wirklich erwachsen geworden mit dieser neuen Welt, die da aufgebaut wurde. Es ist daher sehr bewegend für mich, heute Abend hier zu sein und über mein Buch sprechen zu können.

„Das Kapital im 21. Jahrhundert“ hat primär die Untersuchung des Kapitals in historischer Perspektive zum Gegenstand. Es unternimmt den Versuch herauszufinden, wie man die Entwicklung von Ungleichheiten, von Herrschaftsverhältnissen historisch analysieren kann, die mit der Geschichte des Kapitals und unterschiedlichen Eigentumsformen seit der industriellen Revolution einhergehen.

Der erste Satz des ersten Kapitels meines Buches ist Artikel 1 der *Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen* von 1789 entnommen, der besagt: Die sozialen Unterschiede können nur im allgemeinen Nutzen gründen. Anders ausgedrückt besteht das demokratische Ursprungsversprechen genau darin: Soziale Ungleichheiten und Unterschiede können akzeptiert werden, allerdings nur unter der Bedingung, dass sie im allgemeinen Interesse liegen. Man kann diesen Artikel durchaus mit einem sehr viel späteren aus dem deutschen Grundgesetz von 1949 vergleichen, dem Artikel 14, der das Recht auf Eigentum anerkennt und garantiert und zugleich versichert, dass das Eigentum so genutzt werden müsse, dass es gleichzeitig zum Wohl der Allgemeinheit beitrage. All diese Ausdrücke – wie allgemeiner Nutzen oder Allgemeinwohl – bleiben offensichtlich sehr vage. Aber das demokratische Versprechen ist immer dasselbe. Es geht im Prinzip darum, demokratische Institutionen zu befähigen, das Kapital, den Kapitalismus, das Eigentumsrecht, in den Dienst des öffentlichen Interesses zu stellen. Und die zentrale Frage lautet, ob dieses Versprechen heute gehalten wird.

In meinem Buch gehe ich zurück in die Geschichte des Kapitalismus – der Metamorphosen des Kapitals und der unterschiedlichen Eigentumsformen seit der industriellen Revolution –, um herauszufinden, was dabei letztendlich nicht funktioniert hat, und zu versuchen, die Frage des Kapitals und seiner Entwicklung so grundlegend wie möglich zu reflektieren.

Die Französische Revolution und das gebrochene Versprechen der Gleichheit

Ich beginne das Buch also mit diesem aus der Menschenrechtserklärung von 1789 stammenden Satz. Überhaupt stehe ich stark unter dem Einfluss der französischen Diskussion über die Gleichheit und die Französische Revolution. Ich zitiere an mehreren Stellen meines Werks Passagen aus dem 1794 veröffentlichten Essay Condorcets über die Geschichte der Entwicklung des menschlichen Geistes, das sehr repräsentativ für den Geist der Aufklärung ist. Darin erklärt uns Condorcet im Wesentlichen, dass, sobald die künstlichen, insbesondere die aristokratischen Barrieren erst einmal geschleift seien, sich die Ungleichheiten naturgemäß verringern werden. Die Gleichheit vor dem Recht, besonders dem Eigentumsrecht, werde schließlich zur Gleichheit an sich führen. Doch dieses Versprechen der Französischen Revolution ist nicht eingelöst worden.

Untersucht man nämlich die Entwicklung der Ungleichheit im Lauf des 19. Jahrhunderts, bemerkt man etliche Widersprüche. Ich bin sehr beein-

druckt von den diversen französischen Illusionen über die Probleme der Ungleichheit, besonders von der Art und Weise, wie die republikanischen Eliten im Frankreich der *Belle Époque*¹ schließlich dazu kamen, sich in der Illusion eines natürlichen Fortschritts zu wiegen, zu dem die formelle Rechtsgleichheit als Eintrittskarte ausreiche.

Frankreich beschreibt sich gerne als Land der Gleichheit, doch dabei herrscht oft eine sehr große Scheinheiligkeit. So ist Frankreich eines der letzten Länder, das im Sommer 1914, vor genau einem Jahrhundert, endlich akzeptiert, eine progressive Einkommensteuer zu schaffen, die in Deutschland bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts existiert und in England seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts. Und einer der Gründe, weswegen dies in Frankreich geschieht, ist nicht etwa die Absicht, Bildung zu finanzieren, sondern den Krieg gegen Deutschland. Das ist letztendlich der einzige Grund, weshalb die Blockade einer solchen Steuer im französischen Parlament endete. Eine ziemlich traurige Geschichte, aber es ist unsere gemeinsame: Einer der Gründe, warum die republikanischen Eliten im Frankreich der *Belle Époque* die Einkommensteuerprogression ablehnen, ähnelt der Leugnung von Ungleichheiten, wie man sie heute häufig bei einem Teil der Eliten vorfindet – bei Wirtschaftswissenschaftlern, aber auch bei den Eliten aus Wirtschaft, Finanz und Politik.

Damals äußert sich diese Leugnung auf ziemlich faszinierende Art und Weise. Ein Großteil der französischen republikanischen Eliten um 1900, 1910 legte sich die Sache nämlich etwa so zurecht: Wir haben in Frankreich schließlich die Französische Revolution gemacht, das sollte genügen. Man muss sie also nicht durch weitere Dinge ergänzen. Gewiss, das aristokratische England bedarf wohl einer Progressivsteuer auf Einkommen und Erbschaften, bei all seinen aristokratischen Vermögen. Doch wir hier in Frankreich haben ja bereits Gleichheit vor dem Gesetz und gleiche Eigentumsrechte hergestellt, es gibt keinen großen Landbesitz mehr, wir müssen da also nichts mehr tun. Wir sind ein Land der Kleineigentümer geworden, auf Gleichheit gegründet.

Betrachtet man jedoch rückblickend das Datenmaterial zur Nachfolge- und Erbschaftsentwicklung, das man für diese Epoche hat, wird einem klar, dass es 1914 in Frankreich bei Erbschaften und Vermögen einen enormen Konzentrationsgrad gibt, wie er im Übrigen für alle europäischen Gesellschaften der Zeit charakteristisch ist und der, wie ich meine, das hohe Maß an sozialer und politischer Spannung erklärt, das diese Gesellschaft kennzeichnet und in den Nationalismus taumeln lässt.

Man stellt fest, dass 1914 in Frankreich ein Prozent der Bevölkerung 70 Prozent des Vermögens besitzt. Und dass umgekehrt 70 Prozent der Bevölkerung ohne jegliches Vermögen sterben, genau wie 1820 Balzacs *Père Goriot*, der mit gerade genug persönlicher Habe stirbt, um seine Beerdigungskosten bezahlen zu können. Man hat also 1914 unter dem Strich eine Reichtumskonzentration, die sich nicht wesentlich von der von 1820 oder 1789 unterscheidet.

1 Bezeichnet werden damit die 30 Jahre um die Jahrhundertwende, von 1880 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs. – D. Red.

Anders gesagt: Das Versprechen der Französischen Revolution hatte sich als Täuschung erwiesen, jedenfalls, was die Gleichheit angeht, und ein großer Teil meiner Untersuchungen besteht in der Frage, was letztendlich an diesem Versprechen nicht funktionierte – warum man also 1914 mit demselben Konzentrationsgrad der Vermögen konfrontiert ist wie 1789, und ob heute, nach all den Erschütterungen des 20. Jahrhunderts, nicht das Risiko besteht, dass man sich einem im Grunde wenig davon abweichenden Grad der Ungleichheit nähert.

$r > g$

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, habe ich „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ geschrieben. Stützen konnte ich mich dabei auf umfangreiche kollektive Untersuchungen im Rahmen eines internationalen Forschungsprogramms: gemeinsame historische Nachforschungen in Archiven über Erbschaften, Einkommensteuererklärungen in mehr als 20 Ländern über drei Jahrhunderte hinweg. Diese Forschungsarbeit, die ich natürlich unmöglich allein hätte bewältigen können, führte mich letztlich zu dem Schluss, dass einer der wichtigen Mechanismen, der erklärt, warum die Welt von 1914 so ungleich ist wie die von 1789 und wie die von morgen es wieder werden könnte, sich auf eine Formel bringen lässt, nämlich: $r > g$. Es geht dabei um das unterschiedliche Wachstum von Kapitalrenditen und Wirtschaftswachstum.

Ich will ganz kurz die Bedeutung dieser Beobachtung erklären, ferner was sich im Lauf des 20. Jahrhunderts geändert hat und schließlich, wie sich diese Frage, also die Diskrepanz zwischen Kapitalrendite und Wirtschaftswachstum, in Zukunft stellt.

Kurz gesagt ist während des wesentlichen Teils der Menschheitsgeschichte – auch wenn man es nicht so formuliert hat – für jedermann evident, dass r größer als g , also die Rendite größer als das Wachstum ist. Aus dem einfachen Grund, dass das Wachstum im relevanten Teil der Menschheitsgeschichte bis zur industriellen Revolution nahe null war. Auch die Bevölkerung nimmt sehr, sehr langsam zu, die Agrarproduktion ebenso, die Wachstumsrate liegt also im Verhältnis zu unseren aktuellen Standards sehr nahe bei 0 Prozent, vielleicht bei 0,1 bis 0,2 Prozent, ist also ganz schwach. Die Kapitalrendite dagegen liegt in traditionellen Agrargesellschaften offensichtlich nicht bei 0 Prozent, sondern gewöhnlich bei um die 4 oder 5 Prozent. Jeder Leser der Literatur des 18. oder 19. Jahrhunderts weiß genau, dass man für ein Jahreseinkommen von 1000 Pfund ein Kapital von 20 000 Pfund benötigt, denn 5 Prozent von 20 000 ergeben nun einmal 1000 Pfund. Das ist einfach selbstverständlich für einen Leser von Jane Austen oder von Balzac, dass der Romancier im selben Absatz ständig zwischen der Höhe des Kapitals und der Einkünfte hin- und herspringt, da jeder genau weiß, wie das funktioniert.

Dieses Phänomen ist aber enorm wichtig für die Gesellschaftsstruktur im Ganzen. Es ist eine Frage, die Einfluss darauf hat, zu welchem Lebensstan-

dard man Zugang hat, welche Leute man trifft, wen man heiratet, mit wem man sich unterhält – also etwas sehr Tiefgehendes. In gewisser Weise ist $r > g$ geradezu die Basis der traditionellen patrimonialen Gesellschaft, denn diese Relation erlaubt einer Bevölkerungsgruppe, genauer: einer Gruppe von Besitzenden, von den Einkünften ihres Eigentums, speziell ihres Grundeigentums, zu leben. Außerdem kann das Eigentum bereits damals auch andere Formen annehmen. Und dies erlaubt einem Teil der Bevölkerung, sich anderen Dingen zu widmen als der Sorge um das eigene Überleben und sich künstlerischen, kriegerischen, wissenschaftlichen oder welchen Aktivitäten auch immer zuzuwenden.

Die industrielle Revolution und ihre Folgen

Eines der wichtigen Resultate meines Buches ist, dass die moderne industrielle Revolution und das stärkere Wachstum letztlich an dieser Realität weniger geändert haben, als man manchmal meint. Das Wachstum hat mit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert gewiss zugenommen, es ist von 0 auf 1, 1,5 oder 2 Prozent gestiegen, aber die Kapitalrendite ihrerseits hat im gleichen Zeitraum mit neuen Investitionen und Ausrüstungen in der Industrie und dem Wachstum der Produktion erst recht zugenommen. Man hat im 19. Jahrhundert Kapitalrenditen, die 6 oder 7 Prozent erreichen können, wie es auch heute noch über sehr lange Zeiträume bei in Börsentransaktionen investiertem Aktienkapital zu Renditen von 6 oder 7 Prozent kommen kann, und eventuell zu mehr.

Somit unterschied sich das Verhältnis zwischen Kapitalrendite und Wachstum im 19. Jahrhundert nicht so sehr von dem im 18. Jahrhundert. Das ist meines Erachtens einer der zentralen Gründe dafür, dass der Konzentrationsgrad des Vermögens 1914 sich wenig von dem im *Ancien Régime* unterscheidet.

Was sich aber völlig verändert hat, ist das Wesen des Eigentums. Man ist vom Agrareigentum übergegangen zu einem Immobilien-, Finanz- und Industriekapital sowie international sehr wichtigem Anlagevermögen. Um 1900, 1910 haben wir es mit einer sehr modernen Gesellschaft zu tun. Damals werden das Automobil, die Industrieproduktion, Elektrizität erfunden, was mindestens so wichtig ist wie heute Facebook. Es handelt sich also um eine alles andere als stagnierende Gesellschaft, die aber gleichzeitig in hohem Maße nicht-egalitär ist.

Dieser Widerspruch einer ökonomischen Moderne, die aber gerade nicht notwendig in eine demokratische Moderne und in eine Demokratisierung des Vermögens und der Macht mündet, steht im Mittelpunkt meiner Recherchen und hat mich sehr beeindruckt. Besonders bis 1914 gibt es keinerlei Tendenz zu einer Dekonzentration des Vermögens, im Gegenteil. Man findet sogar in den besten Archiven, den besten Erbschaftsakten, die sich auftreiben lassen, eher die Tendenz zu einer wachsenden Vermögenskonzentration bis zum Ersten Weltkrieg.

Im Lauf des 20. Jahrhunderts schließlich sind es sehr gewaltsame Erschütterungen, eine Art Selbstzerstörung vor allem der europäischen Gesellschaften, die das bisherige Kapitalverhältnis modifizieren. Die Weltkriege – der Erste, die Krise der 30er-Jahre, und dann der Zweite – haben zu beträchtlicher Kapitalvernichtung geführt, womit die Kapitalrenditen auf ein sehr niedriges Niveau fallen. Der Wiederaufbau in der Nachkriegszeit führt dann zu besonders erhöhten Wachstumsraten, von 4 bis 6 Prozent jährlich, die das Verhältnis zwischen Kapitalrendite und Wachstum total durcheinander bringen, allerdings aus Gründen, die mit den außergewöhnlich gewaltsamen Erschütterungen eng verbunden sind. Erschütterungen, von denen man, wie oben gesagt, vermuten kann, dass sie durch den zentralen Widerspruch nicht nur von 1914 mitverursacht sind – zwischen dem demokratischen Versprechen auf Gleichheit und der kapitalistischen, hyperungleichen Realität.

Heute finden wir uns in einer Situation wieder, in der gewisse Leute glauben möchten, dass das Wachstum von 4 bis 5 Prozent pro Jahr wiederkommen und uns vor Ähnlichem bewahren wird. Aber das ist offenbar völlig illusorisch. Nur in Perioden ökonomischen Neuanfangs, des Wiederaufbaus, gibt es derart hohe Wachstumskurven. Daher müssen wir uns meines Erachtens an ein relativ niedriges Wachstum gewöhnen, von 1 bis 1,5 Prozent im Jahr. Vielleicht wird die Sache konkreter, wenn wir über diesen sehr abstrakten Wachstumsbegriff im Zeitraum einer Generation oder von 30 Jahren nachdenken. 1 oder 1,5 Prozent pro Jahr will immerhin sagen, dass sich über eine Generation ein Drittel bis zu einer Hälfte der Wirtschaft erneuert hat. Das bedeutet also in Wirklichkeit ein extrem hohes Tempo des Wandels. Und das erfordert insbesondere ein System von sozialen und Bildungseinrichtungen, das es jedem erlaubt, seinen Platz in einer Gesellschaft zu finden, die sich so schnell verändert. Und das ist durchaus nicht einfach.

Wenn man das Wachstum langfristig, also seit der industriellen Revolution betrachtet, hat es auf Weltniveau den verfügbaren Schätzungen zufolge über drei Jahrhunderte um 1,6 Prozent pro Jahr zugenommen. Das mag wenig erscheinen. Doch in Wirklichkeit ist dieses über drei Jahrhunderte kumulierte Wachstum von jährlich 1,6 Prozent beträchtlich.

Es ist zudem interessant zu konstatieren, dass dieses Wachstum sich in der Geschichte in zwei fast gleiche Hälften teilen lässt, nämlich einerseits das Bevölkerungswachstum, das über drei Jahrhunderte auf Weltebene durchschnittlich 0,8 Prozent pro Jahr beträgt, und andererseits das Produktionswachstum pro Kopf, das ebenfalls 0,8 Prozent beträgt. Macht zusammen 1,6 Prozent. Ein Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent im Jahr mag lächerlich niedrig erscheinen. Jedenfalls für Leute, die sich einbilden, man könne nur dann zufrieden sein, wenn man die 5 Prozent jährlich aus der Epoche der *Trente Glorieuses* wiederbekommt. Doch eine demographische Wachstumsrate von 0,8 Prozent im Jahr reicht, wie sich gezeigt hat, um die Weltbevölkerung von 600 Millionen Menschen zu Anfang des 18. Jahrhunderts auf 7 Milliarden heute anwachsen zu lassen. Also die Weltbevölkerung zu verzehnfachen. Das hat auch den durchschnittlichen Lebensstandard mit dem Faktor 10 multipliziert, soweit sich dergleichen überhaupt quantifizieren lässt.

Doch was das Bevölkerungswachstum um das Zehnfache in 300 Jahren angeht: Wird es eine weitere Verzehnfachung in den nächsten drei Jahrhunderten geben? Das ist weder sicher noch unbedingt wünschenswert. Aber auch eine Stagnation oder gar Verringerung der Bevölkerung haben etwas Beunruhigendes an sich, und speziell die möglichen Konsequenzen für die Entwicklung der Ungleichheit können erschrecken. Das in der Vergangenheit akkumulierte Eigentum nimmt in einer abnehmenden Bevölkerung automatisch an Gewicht stark zu. Und tatsächlich ist es möglich, dass das Erbe und das Erbrecht in der deutschen oder der japanischen Gesellschaft im Jahr 2030 oder 2040 schwerer wiegt und wichtiger ist als in der Epoche Balzacs, falls der Rückgang der Bevölkerung sich zukünftig fortsetzt.

In einer Gesellschaft, die schrumpft, gäbe es im Extremfall eine letzte Generation. Diese Generation wäre Erbin des gesamten im Lauf der vorhergehenden Jahrhunderte akkumulierten Vermögens. Eine Gesellschaft mit einem Bevölkerungsrückgang von bisweilen 30 Prozent je Generation ist noch nicht ganz bei der letzten Generation angekommen, aber die Vermögensvererbung erhält hier eine äußerst wichtige Bedeutung. Ein leicht positives Bevölkerungswachstum wäre daher wohl vorzuziehen. Allerdings ist es wenig wahrscheinlich, dass sich die historisch beobachtete Bevölkerungszunahme wiederholt. Im günstigsten Fall dürfte sie um die 0 Prozent liegen.

Und was ist mit der Produktion pro Kopf? Um entsprechend der seit der industriellen Revolution zu beobachtenden Durchschnittsrate von 0,8 Prozent weiter zu wachsen, müssen andere Energiequellen als die derzeit verfügbaren gefunden werden. Mit den aktuellen Technologien und aktuell disponiblen Naturressourcen wird sich dieses Wachstum, selbst um nur 0,8 Prozent jährlich, nicht sehr lange fortsetzen lassen. Möglicherweise werden technologische Entdeckungen ein immaterielles Wachstum eigener Art ermöglichen, das den Rhythmus fortsetzt. Aber in dieser Hinsicht gibt es derzeit keine Gewissheit. Man wird daher lernen müssen, mit einem Wachstum zu leben, das strukturell schwach ist, und mit einer Kapitalrendite, die strukturell über der Wachstumsrate liegt – was automatisch nicht zu grenzenlosen, aber zu potentiell weit höheren Ungleichheiten führt als zu denen, an die wir uns in der Nachkriegszeit gewöhnt hatten.

Europas Herausforderung: Mehr Demokratie und Transparenz wagen

Deshalb bedarf es außerordentlich starker demokratischer Institutionen, um eine derartige Ungleichheitsdynamik zu regulieren. Daher lautet die möglicherweise wichtigste Schlussfolgerung aus meiner Arbeit: Nötig ist vor allem demokratische Transparenz bezüglich der Einkommen und Vermögen, und zwar über die Art und Weise, wie die verschiedenen Einkommens- und Vermögensgruppen von dem Wachstum profitieren, das uns heute so grausam im Stich lässt. Das gilt besonders für Europa. Damit komme ich im letzten Teil meiner Ausführungen auf die konkreten Herausforderungen zu sprechen, mit denen sich Europa heute auseinandersetzen muss.

Der entfesselte Wettstreit zwischen Ländern, um Investitionen anzulocken, führt zu einem Grad finanzieller Undurchsichtigkeit vor allem zwischen europäischen Ländern, der äußerst schädlich für die Demokratie ist. Ich komme aus einem Land, wo vor einigen Jahren ausgerechnet der Finanzminister ein Konto in der Schweiz hatte. Und der Präsident war darüber nicht einmal informiert. Und der Minister, in Frankreich mit der Besteuerung betraut, bildete sich ein, er könne mit seinem Konto einfach unbekümmert so weiter machen. Das ist eine für die Demokratie sehr beunruhigende Situation. Schließlich mussten erst die USA Sanktionen über die Schweizer Banken verhängen, damit es in Europa ein klein wenig Bewegung gab in Richtung Transparenz der Finanzen und der automatischen Übermittlung von Bankinformationen. Offensichtlich versagt hier das europäische System an der Aufgabe, den Kapitalmarkt transparent zu machen.

Europa steht heute vor Herausforderungen, die von ziemlich anderer Art sind als die, mit denen die USA konfrontiert sind. In den USA gibt es einen gewaltigen Anstieg der Ungleichheiten. Diese haben meiner Meinung nach dem privaten Geld in der amerikanischen Politik ein Gewicht gegeben, das objektiv sehr beunruhigend ist, wie man etwa bei den letzten Wahlen sehen konnte. In Europa war der Anstieg der Ungleichheiten weit weniger stark – dank sozialer, fiskalischer und demokratischer Institutionen, die fundamental egalitärer sind als in den USA. Allerdings sollte man diese Institutionen nicht als an sich gegeben auffassen. Ich denke, dass es in Wirklichkeit ein zunehmendes Risiko ihres Zerfalls gibt, vor allem durch den erwähnten Prozess einer zügellosen Steuerkonkurrenz zwischen den Ländern Europas, wobei man speziell bezüglich der Unternehmensteuer zweifellos noch nicht ans Ende gekommen ist. Vor einigen Tagen gab es ja neue Enthüllungen über Luxemburgs Steuervergünstigungen. Ich denke, dass diese Lage in Europa sich noch verschärfen könnte und letztendlich hoch beunruhigend ist.

Die Finanzkrise von 2008 und das Versagen Europas

Meines Erachtens hat die Politik in Europa nach der Finanzkrise von 2008 eine große Gelegenheit verstreichen lassen. Diese Krise ging ja anfangs von den USA aus; sie entstand aus evidenten Exzessen der Finanzderegulierung und aus einer Krise des privaten amerikanischen Finanzsektors. Wegen der zerfallenden demokratischen Institutionen in Europa hat man die Krise zu Unrecht in eine Schuldenkrise der öffentlichen Hand umgewandelt, auf Grund der schlechten Organisation und eines Übermaßes an Moralisierung der ökonomischen Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsländern. Es kam zu einer Art Sakralisierung der Kräfte des Marktes und des Wettbewerbs, die manchmal als zu ausschließliche, zu exklusive Begründung für unser europäisches Projekt herhalten müssen. Eine Auffassung, die in Irrtümer mündet, die man jedoch vermeiden kann, wenn man sich unserer gemeinsamen Geschichte des Kapitalismus erinnert, besonders jener wichtigen Lehren, die man in dieser Geschichte bezüglich der öffentlichen Verschuldung findet,

die ich in meinem Buch ebenfalls zu erzählen versuche. Wir sind heute in Europa und der Eurozone mit einer Krise konfrontiert, die unüberwindbar scheint – und zwar insbesondere aufgrund ihrer Verbindung mit einer sehr starken öffentlichen Verschuldung, die um die 100 Prozent des BIP im Jahr beträgt. Etwas weniger in Deutschland, etwas mehr in Italien, jedoch um die 100 Prozent in den meisten Ländern der Eurozone. Es ist wichtig, sich bei diesen Fragen bewusst zu machen, dass dies nicht die erste Krise der öffentlichen Verschuldung in der Geschichte ist. In der Vergangenheit gab es noch höhere Verschuldungsgrade. Es ist wichtig und interessant, wie man damals diese Frage geregelt hat und aus der Verschuldung herausgekommen ist.

1945, am Ende des Zweiten Weltkriegs, hatten Frankreich und Deutschland eine Staatsverschuldung von ungefähr 200 Prozent des BIP, also doppelt so hoch wie heute. Und 1950 hatten beide Länder eine Verschuldung von nur noch 20 bis 30 Prozent des BIP. Wie haben sie das binnen fünf Jahren angestellt? Nun, diese öffentlichen Schulden sind nie zurückgezahlt worden. Sie wurden durch Inflation vernichtet und durch gezielte Gegenmaßnahmen [in Westdeutschland etwa durch die Währungsreform von 1948] aus der Welt geschafft. Dies erlaubte es, 1950 unter guten Bedingungen den Wiederaufbau mit staatlich-demokratischer Macht in Angriff zu nehmen, sprich: in die Zukunft zu investieren, in das Erziehungswesen und in soziale Institutionen. Hätte man hingegen eine Staatsschuld von 200 Prozent Jahr für Jahr mit irgendwelchen Haushaltsüberschüssen in Höhe von einigen Punkten des BIP abtragen müssen – und zudem ohne Inflation, dann hätte uns das alle erledigt und man wäre nicht von der Stelle gekommen. Man hätte sich also niemals an die Rekonstruktion der beiden zerstörten Länder machen können.

»Göttliche Gerechtigkeit des Marktes«: Deutsch-französische Camouflage

Deshalb ist es, gelinde gesagt, erstaunlich, dass diese beiden Länder, Frankreich und Deutschland, die im 20. Jahrhundert nie ihre Staatsverschuldung abgetragen haben und sich stattdessen für die gesellschaftliche Investition ins Wachstum zum Wiederaufbau ihrer Länder entschieden, heute den Ländern Südeuropas erklären, ihre Schulden müssten jahrzehntelang erstattet werden.

2011, 2012 demonstrierten Frankreich und Deutschland gegenüber den Ländern Südeuropas ihren Egoismus nach dem Motto: Wo wir einen Zinssatz von 0 oder 1 Prozent für frische Kredite haben, werden wir nicht mit den Südeuropäern teilen. Und wenn die Südeuropäer 4, 5 oder 6 Prozent Zinsen berappen müssen, mag das eine Art ausgleichende göttliche Gerechtigkeit sein – wie alle Aktionen des Marktes, der diese Länder für ihre Fehler bestraft. Nur dass es hier keinerlei ausgleichende Gerechtigkeit gibt: Wenn man innerhalb einer Währungsunion Länder hat, die 0 Prozent Zinsen zu tragen haben, und andere, die mit 3 oder 4 Prozent dabei sind, bedeutet dies, dass in einem Zeitrahmen von zehn Jahren eines der so bestraften Länder mit einer Wahrscheinlichkeit von 30 bis 40 Prozent aus der Union austreten

oder seinen Schuldendienst einstellen wird. Das ist keine normale Situation. Es bedeutet, dass man kein Vertrauen in diese Union mehr hat. Und deshalb geht man heute durch diese schlimme Vertrauenskrise, die bewirkt, dass das Wachstum überall sehr schwach ist, auch in Frankreich und selbst in Deutschland, wo man sich manchmal einbildet, es liege im deutschen Interesse, das gegenwärtige (Un-)Gleichgewicht in der Eurozone zu erhalten. In Wirklichkeit aber verlieren dabei alle.

Ich denke also, dass man hier einem kurzsichtigen Kollektivegoismus erliegt, der heute in Europa, vor allem im Süden, zu einer extrem hohen Arbeitslosigkeit von bis zu einem Viertel oder Drittel insbesondere unter den jungen Leuten führt, die ihr Leben nun ohne irgendwelche Berufserfahrung beginnen müssen, was sehr schädliche Folgen haben wird. Das ist eine sehr schwierige Situation.

Der Süden in der Zinsknechtschaft und England als trauriges Exempel

All diese Begriffe – Zinssätze, Staatsverschuldung, Prozentsatz des BIP – scheinen ja viel zu abstrakt zu sein. Um sich das ein wenig konkreter vorzustellen: Ein Land wie Italien zahlt zurzeit jedes Jahr 6 Prozent des BIP an Schuldzinsen. Im Vergleich dazu beträgt das gesamte Budget für alle italienischen Universitäten 1 Prozent des BIP. Mithin erbringt der italienische Steuerzahler sechsmal so viel an Ressourcen zur Begleichung von Staatsschulden als zur Finanzierung der eigenen Universitäten. Man mag eine Reform des Arbeitsrechts in Italien fordern, um die Lage zu verbessern, doch sicher ist es keine gute Idee, was eine Investition in die Zukunft angeht, so wenig Ressourcen in die Bildung zu investieren.

Der einzige historische Vorläufer einer solchen Situation, der mir einfällt und den ich in meinem Buch analysiere, ist der Fall Englands im 19. Jahrhundert. England hat in der Tat ein ganzes Jahrhundert damit verbracht, seine enorme, aus den napoleonischen Kriegen resultierende Staatsschuld zu begleichen. Das Land ging 1815 aus diesen Kriegen mit einer Verschuldung von 200 Prozent des BIP hervor, also etwa so hoch wie Frankreich und Deutschland 1945 und doppelt so hoch wie die aktuelle europäische Rate. England aber beschloss, alles zu erstatten. Und zwar ohne Inflation, denn im 19. Jahrhundert existierte der Goldstandard, die hundertprozentige Golddeckung. Und England hat tatsächlich ein Jahrhundert lang, von 1815 bis 1914, diese 200 Prozent des BIP zurückgezahlt. Dann gab es effektiv keine Staatsverschuldung mehr, allenfalls noch 20 bis 30 Prozent des BIP. Während dieses Jahrhunderts hat der englische Staat aus seinem Haushalt Jahr für Jahr Schuldzinsen an die Rentiers im eigenen Lande ausgezahlt. Man sieht sie förmlich vor sich, diese Rentenbezieher, in den zeitgenössischen Romanen; aber auch die Haushaltsstatistiken belegen es. Und so machte die Schuldentilgung ein Jahrhundert lang einen bedeutenderen Haushaltsanteil aus als sämtliche Erziehungs- und Schulbudgets im Königreich. Doch das war offensichtlich kein guter Weg, das folgende, das 20. Jahrhundert vorzuberei-

ten. Viele Beobachter sind der Meinung, dass diese Unterfinanzierung der Schulen, samt eines extrem schichtspezifischen Bildungssystems, in gewisser Weise bis heute fort dauert und somit den Niedergang der Produktivität in England im 20. Jahrhundert erklärt.

Deshalb habe ich Angst, dass Europa nun dem gleichen Irrtum erliegt – dass es sich nämlich aus völlig deplatzierten moralisierenden Gründen daran macht, mehr Geld im Interesse der Schuldentilgung auszugeben als in Erziehung und Bildung zu investieren, in saubere Energien, in die Umwelt. Denn auf diesen Feldern liegen die echten Herausforderungen der Zukunft.

Die künstliche Staatsverschuldung – als Schuld uns selbst gegenüber

Im Ergebnis will ich damit sagen, dass die Staatsverschuldung eine künstliche ist. Sie ist eine Schuld uns selbst gegenüber. Man steht nicht beim Planeten Mars in der Kreide. Man gehört auch nicht, wie bisweilen in meiner Heimat kommentiert wird, dem Emir von Katar oder der Bank von China. Die öffentliche Verschuldung, wir halten sie selbst, und die europäischen Länder in ihrer Gesamtheit waren nie so reich wie heute. Gewiss, es sind unsere Regierungen, die arm sind. Damit stellen sich in der Tat eine ganze Menge von Problemen auf Organisationsebene. Aber insgesamt war die Vermögensmasse Europas nie größer als heute. Bezogen auf das BIP hat das Privateigentum weit stärker zugenommen als die Staatsverschuldung. Und die Eurozone als Ganze, die Länder Europas, haben im Rest der Welt mehr Aktivvermögen als der Rest der Welt in Europa. So handelt es sich also letztlich um eine interne Schuld, die man genauso wie jene von 1945/1950 mit einem Federstrich „ausbuchen“, also beseitigen könnte. Hat man jedoch zwei Grad Erderwärmung mehr, wird sich das nicht mit einem Federstrich korrigieren lassen. Und das ist wirklich die größere, die eigentliche Herausforderung.

Wenn es also nicht einmal gelingt, innere Finanzprobleme in unseren politischen Gemeinschaften vernünftig zu lösen, was passiert dann bei größeren Problemen? Ich bin der Auffassung, dass die Politik im europäischen Rahmen primär an einem Demokratiedefizit krankt. Unsere innere Verfassung, die europäischen Verfahrensregeln schreiben uns einstimmige Entscheidungen vor, vor allem in Steuerfragen. Das aber führt uns in schlimme Sackgassen. Man kann nicht eine einzige Währung haben für Gesellschaften, die in zügelloser Konkurrenz zueinander stehen – mit 18 Staatsverschuldungen, 18 Zinshöhen, 18 Unternehmensteuern. Die Lösung liegt daher in einer demokratischen Erneuerung Europas, in demokratischen Institutionen, die es ermöglichen, diese wirtschaftliche Dynamik wieder unter Kontrolle zu bringen und die Kräfte des Marktes und des Kapitals in den Dienst des Interesses der Allgemeinheit, des Allgemeinwohls, zu stellen.

Diese neue Demokratie entsteht auch bzw. vielleicht sogar hauptsächlich durch eine Demokratisierung des Wissens, vor allem des ökonomischen Wissens. Für mich ist es das erste Ziel meines Buches „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, zu dieser Demokratisierung des Wissens beizutragen.

Ich betrachte meine Arbeit dabei mehr als die eines Sozialforschers denn eines Ökonomen. Denn ich glaube, dass die Abgrenzungen zwischen Ökonomie, Geschichte, Soziologie oder Anthropologie stark übertrieben werden. Die Ökonomen tun manchmal so, als verfügten sie über eine Wissenschaft, die sie ganz von den anderen Sozialwissenschaften und den anderen Wissenschaftlern absondert. Aber das ist doch ein Witz! Die Ökonomen verfügen über keinerlei Sonderwissenschaft; und das ist das mindeste, was man dazu sagen kann. Die Ökonomen verbringen viel zu viel Zeit mit rein ideologischen Konstruktionen, mit sehr ausgeklügelten mathematischen Modellen, die einem mühelos den Anstrich von Wissenschaftlichkeit verleihen, in Wirklichkeit aber nichts Wissenschaftliches an sich haben.

Ich glaube, dass meine zusammen mit vielen Kollegen realisierte historische Untersuchung von Einkommen und (Erb-)Vermögen bisher aus großenteils falschen Gründen noch nicht durchgeführt worden ist – und zwar besonders deshalb nicht, weil sie den Ökonomen zu historisch und den Historikern zu ökonomisch schien. Ich möchte diesen Punkt daher abschließen mit folgender Überlegung: Die Ökonomen scheinen zutiefst selbst verantwortlich zu sein für diese Art von großer intellektueller Arroganz, die sie in der Tat charakterisiert. Doch zugleich tragen auch die anderen Disziplinen und die Gesellschaft als Ganze eine Verantwortung dafür, dass man diese Leute einfach machen ließ. Es ist ja sehr bequem zu sagen: Ich weiß und verstehe nichts von Ökonomie. Denn es erlaubt, sich mit diesen Fragen nicht zu befassen, sich nicht zu engagieren und keine Verantwortung zu übernehmen. Ich glaube und hoffe daher, dass der Erfolg dieses Buches zu der Einsicht beiträgt, dass die ökonomischen und finanziellen Fragen, die Fragen nach der Geschichte von Einkommen, Vermögen und Vermögensvererbung, viel zu wichtig sind, um sie den Ökonomen zu überlassen, den Statistikern oder auch den Politikern. Diese Fragen stehen im Zentrum der Demokratie.

Lange gab es in der Geschichtswissenschaft, vor allem in Frankreich, eine Tradition in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die sich den Bereich der Geldfragen, der Fragen von Einkommen und Erbschaft, vornahm, insbesondere an der *École des hautes études en sciences sociales*. Ich denke, dass diese Tradition zum Teil leider verschwunden ist. Und ich halte es für entscheidend, dass die Sozialforschung sich künftig wieder dieser ökonomischen Probleme annimmt. Ich zitiere in meinem Buch mehrfach belletristische Literatur, da sie eines wunderbar deutlich macht: Die Fragen des Geldes sind stets mehr als Geldfragen. Es sind Fragen der Macht, der tiefen Erschütterungen von Leben, von menschlichen Schicksalen. Die Literatur hat eine unvergleichliche Kraft, diese Dinge auszudrücken, die Sozialwissenschaften können diese Ausdruckskunst nie erreichen. Doch mit ihrer eigenen Sprache, der Wissenschaftssprache von Geschichte, Soziologie, Anthropologie und Ökonomie, kann man eine andere Form der Wahrheit beisteuern, eine andere Form des Wissens. Es ist daher sehr wichtig, dass ökonomische Probleme trotz oder sogar wegen ihrer Fachgebundenheit wieder Gegenstand einer allgemeinen Aneignung werden. Deshalb bin ich heute Abend sehr froh, zu diesem Prozess beitragen zu können. Merci.